

Bayerischer Gemeindetag

Bayerischer Städtetag

Bayerischer Landkreistag

Gemeinsame Pressemitteilung  
vom 12. Mai 2010

**Einsparvorschläge:  
Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag erarbeiten eine  
Materialsammlung**

Ministerpräsident Horst Seehofer hat die kommunalen Spitzenverbände gebeten, wegen der prekären Lage der kommunalen Finanzen und zur Unterstützung der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene, Einsparvorschläge zu erarbeiten. Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag haben nun als Diskussionsgrundlage eine erste Materialsammlung erstellt.

Die Kommunen weisen auf ihre strukturelle Unterfinanzierung hin. Städte, Gemeinden und Landkreise leiden darunter, dass sich vor allem in den letzten 10 Jahren die Verpflichtungen zu Ausgaben deutlich erhöht haben. So sind seit dem Jahr 2000 bundesweit die Sozialausgaben der Kommunen von 26 Milliarden auf jetzt 40 Milliarden Euro gestiegen. Allein im Jahr 2009 sind bayernweit die Sozialkosten um 350 Millionen auf 4,375 Milliarden Euro gestiegen. Mit Blick auf die Haushaltskrise besteht bei der Ausgabenseite Handlungsbedarf. Im Rahmen der Gemeindefinanzkommission wurden die kommunalen Spitzenverbände aufgefordert, Vorschläge zur finanziellen Entlastung der Kommunen vorzulegen. Der Freistaat will eine Bundesratsinitiative für ein kommunales Entlastungsgesetz starten.

Als Diskussionsgrundlage haben Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag gemeinschaftlich eine Stoffsammlung erarbeitet. Dabei geht es auch um die Frage, wie immer mehr Hilfebedürftige - zum Beispiel in der Kinder- und Jugendhilfe oder bei pflegebedürftigen Senioren - effizienter ihre Ansprüche erfüllt bekommen. Wegen der demografischen Entwicklung werden die Fallzahlen und die Kosten in der Eingliederungshilfe

für Menschen mit Behinderung und in der Hilfe zur Pflege für Senioren weiterhin stark steigen, ohne dass die Kommunen bei der Kostenentwicklung gegensteuern können. Für Städte, Gemeinden und Landkreise stellt sich das Problem, dass sie zu Leistungen verpflichtet sind, die wegen der angespannten kommunalen Finanzlage kaum mehr finanzierbar sind.

Die kommunalen Spitzenverbände wollen mit ihren Vorschlägen auch eine grundsätzliche Diskussion anstoßen: Was können die Kommunen in Zeiten der Haushaltskrise noch leisten? Es kann nicht angehen, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr Aufgaben zuweisen und neue Leistungen entwickeln, die Kommunen aber bei der Finanzierung dieser Aufgaben im Regen stehen gelassen werden. Und es geht schließlich um die Frage, ob die Bürger bereit sind, für mehr Leistungen auch mehr Steuern zu bezahlen. Wer höhere Anforderungen an Krippen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulen, Behinderteneinrichtungen, Seniorenheime und Pflegeheime stellt, muss letztlich bereit sein, dafür zu bezahlen. Es geht nicht nur darum, was wünschenswert ist, sondern auch darum, was angemessen und noch finanzierbar ist.

Aus der Fülle der Vorschläge im sozialen und baulichen Bereich lassen sich nennen:

- **Kosten der Unterkunft SGB II (Hartz IV):** Wie bemisst sich der angemessene Wohnraum für Leistungsempfänger aus dem SGB II. Eine Reduzierung der Quadratmeterzahl (derzeit 50 qm für Alleinwohnende) bei der Wohnfläche könnte zu einer Reduzierung der Kosten beitragen.
- **Dokumentationspflicht in Pflegeheimen:** So sinnvoll in manchen Fällen die Dokumentationspflicht sein mag, stellt sich die Frage, ob es tatsächlich zielführend ist, wenn Pflegekräfte ein Drittel ihrer Zeit auf die Dokumentation jedes einzelnen Pflegeschritts verwenden müssen, statt zu pflegen.
- **Baustandard in Kinderkrippen:** Teure Vorschriften sind zum Beispiel kindgerechte Kleiderhaken mit Schutzvorrichtungen, beheizbare Abstellräume für Kinderwägen oder getrennte Spielflächen für Kindergartenkinder und Krippenkinder.

Wilfried Schober, Pressereferent Bayerischer Gemeindetag  
Tel. 089/36000930  
E-Mail: [wilfried.schober@bay-gemeindetag.de](mailto:wilfried.schober@bay-gemeindetag.de), [www.bay-gemeindetag.de](http://www.bay-gemeindetag.de)

Dr. Achim Sing, Pressereferent Bayerischer Städtetag,  
Tel. 089/290087-13  
E-Mail: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de), [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Luitgard Reigl, Pressereferentin Bayerischer Landkreistag,  
Tel. 089/28661523  
E-Mail: [luitgard.reigl@bay-landkreistag.de](mailto:luitgard.reigl@bay-landkreistag.de), [www.bay-landkreistag.de](http://www.bay-landkreistag.de)